

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP

und

Antwort

des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

**Geplante Ausgaben des Landes für den Nationalpark
Nordschwarzwald**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass das Land in den kommenden zehn Jahren 80 Millionen Euro in den Nationalpark Nordschwarzwald investieren wird und eine alternative Investition in andere ökologische Projekte keinen größeren Effekt bringen würde?
2. Liegt ihr bereits das in der Sache in Auftrag gegebene und für Ende des Jahres angekündigte Gutachten vor, oder welche Vorabinformationen hat sie über das Ergebnis des Gutachtens?
3. In welchem Umfang wurden ihrerseits bereits konkrete Kosten für die Umsetzung eines Nationalparks Nordschwarzwald errechnet (mit Angabe, wie diese Kosten aufgeschlüsselt sowie gegenfinanziert sind)?
4. Welchen Sinn sieht sie darin, das Gutachten weiterhin abzuwarten, wenn offensichtlich schon jetzt feststeht, dass die Umsetzung des Nationalparks sowie dessen Finanzierung, beschlossene Sache ist?
5. Erachtet sie die vorangegangenen Bürgerbeteiligungen sowie den dort erstellten Fragenkatalog, der bisher noch nicht abgearbeitet ist, für überflüssig (mit Angabe, wie sie diesen Sachverhalt in Zusammenhang mit dem selbstgewählten Ziel einer bürgeroffenen und beteiligungsfreundlichen Regierung bewertet)?

05.06.2012

Dr. Bullinger FDP/DVP

Begründung

Die Deutsche Presse-Agentur GmbH (dpa) berichtete am 25. Mai diesen Jahres: „Das Land will in den kommenden zehn Jahren 80 Millionen Euro in den umstrittenen Nationalpark Nordschwarzwald stecken. Es handle sich um ein gigantisches Investitionsprogramm, sagte SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel den Badischen Neuesten Nachrichten (Karlsruhe/Samstag). Nach seinen Angaben könnten weitere Fördergelder die Summe noch erhöhen. Eine alternative Investition in andere ökologische Projekte brächte keinen größeren Effekt.“

Es gilt den offensichtlichen Widerspruch dieser Äußerungen zu den bisherigen Zusagen der Landesregierung aufzuklären.

Antwort

Mit Schreiben vom 29. Juni 2012 Nr. Z-0141.5/116F beantwortet das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Ich frage die Landesregierung:

- 1. Trifft es zu, dass das Land in den kommenden zehn Jahren 80 Millionen Euro in den Nationalpark Nordschwarzwald investieren wird und eine alternative Investition in andere ökologische Projekte keinen größeren Effekt bringen würde?*
- 2. Liegt ihr bereits das in der Sache in Auftrag gegebene und für Ende des Jahres angekündigte Gutachten vor, oder welche Vorabinformationen hat sie über das Ergebnis des Gutachtens?*
- 3. In welchem Umfang wurden ihrerseits bereits konkrete Kosten für die Umsetzung eines Nationalparks Nordschwarzwald errechnet (mit Angabe, wie diese Kosten aufgeschlüsselt sowie gegenfinanziert sind)?*

Zu 1. bis 3.:

Die Landesregierung ist der Auffassung, dass ein Nationalpark nicht nur eine Bereicherung für die biologische Vielfalt und die Natur im Land insgesamt darstellen würde, sondern auch, dass von einem solchen Alleinstellungsmerkmal positive strukturelle Impulse für Tourismus, Einzelhandel und Gewerbe im Nordschwarzwald ausgehen würden. Die Entscheidungsalternative für eine Bereicherung der biologischen Vielfalt, nämlich die zusätzliche Ausweisung weiterer Bannwälder, wäre für das Land zwar kostengünstiger, würde aber dem Nordschwarzwald keinerlei wirtschaftliche Impulse geben. Hinzu kommt, dass die Landesregierung sich von der Einrichtung eines Nationalparks einen natur- und artenschutzfachlichen Mehrwert erwartet, wie er sich nur in Gebieten entwickeln kann, die auf großer zusammenhängender Fläche dem Prozessschutz unterliegen. Die Landesregierung ist daher vom Nutzen eines Nationalparks und von seinem Potenzial in ökologischer, wirtschaftlicher und touristischer Hinsicht überzeugt.

Welche Effekte im Einzelnen sich mit einem möglichen Nationalpark Nordschwarzwald ergeben könnten, ist derzeit Gegenstand der Arbeit der mit dem Gutachten beauftragten Unternehmen. Das Gutachten liegt noch nicht vor. Auch Vorabinformationen über mögliche (Teil-)Ergebnisse des Gutachtens liegen der Landesregierung nicht vor. Vergleiche mit potenziellen anderen ökologischen Projekten sind insoweit nicht möglich.

Die Errichtung eines Nationalparks kann nach § 27 Landesnaturschutzgesetz nur durch Gesetz erfolgen. Dies wurde grundsätzlich bereits von der Fraktion des Antragstellers mitgetragenen damaligen Landesregierung so entschieden. Eine Abschätzung von Folgekosten eines möglichen Nationalparks Nordschwarzwald würde im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens vorgenommen. Möglicherweise

wird auch das Gutachten Aussagen dazu enthalten. Im Übrigen wird auf die Antwort des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu I. 7. und I. 8. des Antrags der Fraktion der CDU (Drucksache 15/658) verwiesen.

Im Übrigen obliegt die Entscheidung über den Einsatz von Haushaltsmitteln des Landes im Hinblick auf die mögliche Einrichtung eines Nationalparks dem Haushaltsgesetzgeber.

4. *Welchen Sinn sieht sie darin, das Gutachten weiterhin abzuwarten, wenn offensichtlich schon jetzt feststeht, dass die Umsetzung des Nationalparks sowie dessen Finanzierung beschlossene Sache ist?*
5. *Betrachtet sie die vorangegangenen Bürgerbeteiligungen sowie den dort erstellten Fragenkatalog, der bisher noch nicht abgearbeitet ist, für überflüssig (mit Angabe, wie sie diesen Sachverhalt in Zusammenhang mit dem selbstgewählten Ziel einer bürgeroffenen und beteiligungsfreundlichen Regierung bewertet)?*

Zu 4. und 5.:

Auch wenn der ökologische Nutzen von Großschutzgebieten grundsätzlich durch die positiven Erfahrungen anderer Nationalparke bestätigt wird, so nimmt die Landesregierung die Fragen, Anregungen und Bedenken, die aus der Bevölkerung an sie herangetragen wurden, sehr ernst. Die Landesregierung betrachtet die vorangegangenen Bürgerbeteiligungen sowie den Fragenkatalog daher als wichtigen Baustein der Entscheidungsgrundlagen für einen Nationalpark. Die Aufarbeitung und Beantwortung dieser Fragen ist deshalb Gegenstand des in Auftrag gegebenen Gutachtens.

Das Gutachten soll vor allem auf die regionalen Gegebenheiten der Region Nordschwarzwald eingehen. Die auf wissenschaftlicher Grundlage erzielten Ergebnisse des Gutachtens werden dazu dienen, dass nach Abwägung der Vor- und Nachteile eine fundierte Entscheidung getroffen werden kann.

Die Entscheidung über die Errichtung eines Nationalparks trifft der Landtag von Baden-Württemberg auf der Grundlage eines Gesetzentwurfs der Landesregierung. Die Landesregierung sieht im Gutachten eine wesentliche Grundlage für die Entscheidung über die Errichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald. Auch bei dieser Diskussion werden Bevölkerung, Wirtschaft, Kommunen, Landkreise und die im Landtag vertretenen Fraktionen intensiv beteiligt werden. Erst wenn dieser Prozess abgeschlossen ist, wird die Landesregierung über die weiteren Schritte entscheiden.

Bonde

Minister für Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz